



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 6 6 - 0 1 1 0**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/66

Stellenzusetzung ProjektleiterIn zur verkehrsplanerischen Bewertung und Beurteilung von städtebaulichen Projekten

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>

wird im Internet/PIWI veröffentlicht

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf: Stand Juni 2021

abs.: 11.001.245,48 €
 in %: 14,7

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um

- Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf ap/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Personalkosten	90.577	90.577		1100031	630098	66 Zentrale Dienste
	x	2022	Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1100031	673510	66 Zentrale Dienste
	x	2023	Personalkosten	92.389	92.389		1100031	630098	66 Zentrale Dienste
	x	2023	Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1100031	673510	66 Zentrale Dienste
						90.577			Anmeldung zum HH 2022/2023
						9.700			Anmeldung zum HH 2022/2023
						92.389			Anmeldung zum HH 2022/2023
						9.700			Anmeldung zum HH 2022/2023
Summe einmalige Kosten:				202.366	202.366	202.366			

	x	2024 ff	Personalkosten	92.389			1100031	630098	Zentrale Dienste
	x	2024 ff	Arbeitsplatzkosten	9.700			1100031	673510	Zentrale Dienste
Summe Folgekosten:				102.089					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Zusätzlicher Personalbedarf für die verkehrliche Bewertung und Bearbeitung städtebaulicher Konzepte und Projekte.

Anlage:

1. Stellenbeschreibung

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 das Tiefbau- und Vermessungsamt zu fast allen Projekten und Konzepten der Städtebauförderung und Stadtentwicklung aus verkehrsplanerischer Sicht bewertend und bearbeitend beiträgt.
 - 1.2 dieser Bereich immer mehr Zeit in Anspruch nimmt, sodass er nicht mehr vom Stammpersonal, wie zum Beispiel den Bezirksingenieur/innen, in der wünschenswerten Qualität und Zeit geleistet werden kann.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 zur Stärkung des Sachgebietes Verkehrsentwicklungsplan (660210) des Dezernates VI/ 66 zum Stellenplan 2022/2023 1 Planstelle mit Stellenwert EG 12 im Amt 66 zugesetzt wird.
 - 2.2 im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten das Personalkontingent (Basiswert) des Dezernats VI/66 zum Stellenplan 2022/23 um 1 VZÄ erhöht wird.
 - 2.3 durch die personellen Veränderungen entstehen in 2022 Personalkosten in Höhe von 90.577 € und Sachkosten in Höhe von 9.700 € bzw. ab 2023 jährlich Personalkosten in Höhe von 92.389 € und Sachkosten in Höhe von 9.700 € (zzgl. Tarifierhöhungen). Die erforderlichen Mittel werden von Dezernat VI/66 zum Haushalt 2022/2023 angemeldet.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Tiefbau- und Vermessungsamt trägt zu fast allen Projekten und Konzepten der Städtebauförderung und Stadtentwicklung aus verkehrsplanerischer Sicht bewertend und bearbeitend bei. So ist die verkehrliche Erschließung interner und externer Projektentwickler unausweichlich mit dem Tiefbau- und Vermessungsamt abzustimmen und in ein Gesamtkonzept zu integrieren. Dieser Bereich nimmt immer mehr Zeit in Anspruch, sodass er nicht mehr vom Stammpersonal, wie zum Beispiel den Bezirksingenieur/innen, in der wünschenswerten Qualität und Zeit geleistet werden kann.

Gerade durch die aufkommenden neuen Formen der Mobilität (e-Mobilität per PKW, Lastenrad, e-Scooter, Carsharing, Bikesharing, etc.) und durch das im Verkehrsentwicklungsplan selbst gesetzte Ziel der Landeshauptstadt Wiesbaden, Fußgängerstadt Nr. 1 in Deutschland zu werden, sind die Anforderungen hoch gesteckt.

Die verkehrsplanerische Beurteilung und Bewertung von städtebaulichen Projekten, die von Dritten an das Tiefbau- und Vermessungsamt herangetragen werden, sind sorgpflichtig zu analysieren und gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Hierzu zählen alle Bebauungspläne sowie städtebaulichen Projekte aus Förderprogrammen des Landes und des Bundes.

Durch das Bestreben der Landeshauptstadt Wiesbaden kurzfristig weiteren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sind gegenwärtig zahlreiche städtebauliche Projekte zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum angestoßen worden, die kurzfristig bearbeitet und abgestimmt werden müssen.

Dies ist mit dem vorhandenen Personal von Dezernat V/66 nicht leistbar. Aus diesem Grund soll hier eine zusätzliche Stelle geschaffen werden.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Von den Maßnahmen des Tiefbau- und Vermessungsamtes sind alle Altersschichten betroffen. Die verstärkte Bearbeitung städtebaulicher Konzepte und Projekte trägt der demografischen Entwicklung Rechnung, da sie allen Altersgruppen und neuen Haushalts- und Lebensformen zugutekommt. Die Stelle ist daher ausgesprochen wichtig für die Weiterentwicklung der Landeshauptstadt Wiesbaden.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

Im Rahmen der städtebaulichen Konzepte ist die Umsetzung der Barrierefreiheit selbstverständlich.

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

/

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Sollte die Stelle nicht geschaffen werden, muss das Tiefbau- und Vermessungsamt die Aufgaben weiterhin im Tagesgeschäft erledigen. Die Folge ist vermutlich weitere Überlastung des Stammpersonals und gleichbleibend wenige Kapazitäten für verkehrliche Maßnahmen in den Ortsbezirken. Die Qualität und Intensität der Abstimmungsaufgaben kann nicht in wünschenswerter Weise gewährleistet werden. Anfragen können nicht immer zeitnah und in ausreichender Tiefe beantwortet werden.

Wiesbaden, ¹⁹ August 2021


Andreas Kowol
Stadtrat